

Tagesfragen.

Außenpolitische Kundgebung des Reichstages.

Die „Tägliche Rundschau“, das Hauptblatt des Christlich-Sozialen Volksdienstes, nimmt gegen eine Vertagung der Tribunkonferenz und auch gegen die Schaffung eines Provisoriums Stellung. Insofern bezieht sich die Haltung dieses Blattes durchaus mit dem, was auch unsere Meinung ist, ja man kann sagen, daß es eine deutsche Einheitsfront in dieser Hinsicht von der Sozialdemokratie bis zum Nationalsozialismus gibt, obwohl es natürlich wider den deutschen Parteigeist gehen würde, diese Einheitsfront dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sich ganz Deutschland hinter die Regierung Brünning stellte. Dafür aber wird die „Tägliche Rundschau“, indem sie schreibt:

„Für den Kampf um die Endlösung ist der Zusammenhalt aller deutschen Parteien zu einer Einheitsfront nach außen notwendig. Es würde ein schönes Zeichen der deutschen Einheitsfront sein, wenn alle Gruppen bei der Besetzung der Tribunkonferenz, die der Reichstag sich vor der Launanner Konferenz versammelt und in einer einmütigen Kundgebung die Forderung des deutschen Volkes verkörpert. Es liegt ihm vorstellend, daß das Auftreten der deutschen Minister begleitet wird von einer würdigen Wahrung des Parlamentes, von einem Aufruf an die Welt, der die deutsche Forderung einer Endlösung noch einmal aller Welt darstellt.“

Gewiß das liegt sich vorstellen, und es wäre, wenn das Vorstellbare Ereignis werden würde, ohne Frage außerordentlich begrüßenswert. Man kann sogar in diesem Zusammenhang von einem „Aufruf an die nationale Opposition“ Kenntnis geben, der von der Stennes-Ehrhardt-Gruppe in dem „Nationalsozialistischen Montagsblatt“ veröffentlicht wird und in dem es heißt:

„Was die Regierung heute vertritt, ist die Sache Deutschlands. Zum erstenmal hat ein Reichstagsminister in amtlicher Eigenschaft die Forderung erhoben, Deutschland von den Tribunkonferenzen zu befreien und seine Wehrhoheit wiederherzustellen. Kaiser und Regierung können aber ihr Ziel nur erreichen, wenn das ganze Deutschland hinter ihnen steht. Damit ist auch die Stunde der nationalen Opposition gekommen, wenn sie ein Herz für ihr Vaterland hat, und das „Nationalsozialistische Montagsblatt“ höher stellt als die „Opposition“. Um ihre eigenen Ziele willen wird sie nunmehr hinter die von der Regierung aufgestellten Forderungen treten müssen, um damit dem Reichstagsminister ein Ansehen zu verleihen, das vom Ausland geachtet werden wird und deshalb zu Ergebnissen führen muß.“

Die Stennes-Ehrhardt-Gruppe hat sich bekanntlich von Hitler getrennt. Er aber und seine Partei betrachten es, wie wir der nationalsozialistischen „Essener „National-Zeitung“ entnehmen, als „das Schlimmste, was der deutschen Außenpolitik überhaupt passieren könnte, wenn die größte Oppositionspartei in diesen entscheidenden Stunden sich zu einem Burgfrieden hergäbe“. Schon hieraus kann man entnehmen, daß eine Kundgebung des Reichstages vor Lausanne keinesfalls einen würdigen Verlauf nehmen, sondern in eine parteipolitische Schimpferei ausarten würde, von der wir uns wirklich keinen Gewinn für die deutsche Außenpolitik versprechen können. Auch die Christlich-Sozialen, die bisher die Regierung Brünning stets unterstützt haben, werden daher sich wohl entschließen müssen, mit den anderen hinter dem Kabinett stehenden oder es tolerierenden Parteien den kommunikativen Antrag auf Einberufung des Reichstages abzulehnen.

Das Defizit in Preußen und seine Deckung.

Wegen der Ausgleichung des preußischen Etats hatte am Mittwoch der preussische Finanzminister Dr. Kiepper eine Unterredung mit Reichstagsminister Dr. Brüning. Bekanntlich weist der preussische Etat für 1932 noch ein Defizit von 187 Millionen Reichsmark auf, obwohl durch die letzte preussische Notverordnung ein großer Teil des Gesamtdefizits beseitigt werden konnte. Wie uns unsere Berliner Redaktion meldet, vermochte der Reichstagsminister dem preussischen Finanzminister keine Zusicherungen zu geben, daß Preußen vom Reich eine finanzielle Hilfe erwarten könne. Das Reich verfügt über keine Mittel, die es für solche Ausleihswende flüssig machen könnte. Auch die von Preußen erhobenen Entschädigungsansprüche, die darauf beruhen, daß seinerzeit die Eisenbahnen aus der preussisch-berliner Gemeinschaft dem Reich ohne Entschädigung übergeben worden sind, können auf keine Verwirklichung rechnen. Es wird also jetzt Aufgabe des preussischen Finanzministers und des preussischen Kabinetts sein, die Ausgleichung des Etats selbständig durchzuführen. Wie schon dieser Tage gemeldet wurde, sollen noch einige Streichungen bei den Sachausgaben vorgenommen werden. Allerdings ist auf diesem Gebiete nicht mehr viel zu sparen, weil die Notverordnung schon gründlich aufgeräumt hat. Es sollen Zuschüsse für Bibliotheken und Volkshochschulen, ebenso Beträge für die Förderung der Flügeljagd noch etwas gestrichen werden. Um mehr als 20 Millionen wird jedoch auf diesem Wege der Fehlbetrag kaum vermindert werden. Es wird daher wieder der Plan einer Schlichtungssteuer erwogen. Allerdings bestehen dagegen erhebliche Bedenken, weil diese Steuer weder im Sinne des Preisabbaues läge, noch auch mit der Lage der Landwirtschaft vereinbar

wäre. Auch von einer anderen Verbrauchssteuer ist noch die Rede, und zwar von der Einführung einer Salzsteuer, die vom Reich zu erheben wäre und deren Aufkommen nach einem Schlüssel auf die einzelnen Länder zur Erhöhung ihrer Mittel verteilt werden könnte. Eine solche Steuer hat es schon früher gegeben. Schließlich geht noch das uns wenig glaubhaft erscheinende Gerücht um, daß nochmals eine kleine Kürzung der Beamtengehälter in Preußen eintreten könnte. Damit würde das Defizit nicht abgedeckt sein. Irrendwelse Einzelheiten stehen im übrigen noch nicht fest. Die Beratungen in den Ressorts sind noch nicht soweit gediehen, daß sie greifbare Gestalt angenommen hätten.

Drei Milliarden für die Arbeitslosen.

Bisher fehlte ein überfälliges Bild von der Ausbringung und Verteilung der finanziellen Mittel, die die Arbeitslosigkeit verursacht. Diesem Mangel will jetzt der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, abhelfen. Er gibt in dem demnächst erscheinenden Heft des Reichsarbeitsblattes eine genaue Analyse der Aufwendungen für die Arbeitslosenhilfe, der wir folgende Angaben entnehmen:

Die Gesamtzahl aller Arbeitslosen, wie sie von den Arbeitsämtern der Reichsanstalt ermittelt wurde, betrug im Durchschnitt der zwölf Monate vom 1. Dezember 1930 bis zum 30. November 1931 4.409.376, unter Einrechnung der Familienmitglieder sind also rund 9 Millionen Menschen oder etwa ein Siebentel der deutschen Bevölkerung unmittelbar von der Arbeitslosigkeit betroffen; nach dem Stande vom Ende November 1931 erhöht sich diese Zahl sogar auf 10 Millionen. Die Verteilung der Arbeitslosen, die allein unter den gewerb-

lichen Arbeitern ein Drittel und noch mehr beträgt, bleibt dabei außer Betracht. Von den 4.409 Millionen Arbeitslosen erhielten 0.884 Millionen (15,1 v. H.) keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, während 3.745 Millionen (84,9 v. H.) unterstützt wurden. Davon entfielen auf die Arbeitslosenversicherung 1.762, auf die Arbeitslosenrente 1.018 Millionen. Ingesamt sind für die Zwecke dieser Unterstützung im Deutschen Reich in den zur Unterstützung gestellten 12 Monaten rund drei Milliarden aufgewendet worden. Davon entfielen auf die Reichsanstalt 1.585 Millionen, auf das Reich 602, auf die Gemeinden für Arbeitslosenrente 151, auf die Gemeinden für öffentliche Arbeitslosenrente 635 Millionen. Da das Reich im Winter 1930-31 der Reichsanstalt mit einem Betrage von 149 Millionen beistehen mußte und außerdem in den Monaten Oktober und November 1931 zur Entlastung der Reichsanstalt 60 Millionen aufzubringen mußte, haben die Aufwendungen für die Arbeitslosenrente unter Berücksichtigung dieser beiden Mehrleistungen des Reiches betragen bei der Reichsanstalt 1.436 Millionen, beim Reich 801 und bei den Gemeinden 736 Millionen. Besonders auffällig ist die unterschiedliche Belastung der einzelnen Gebiete des Reiches durch die Arbeitslosigkeit und folgende Zahlen: Am 15. November 1931 waren arbeitslos in der Rheinprovinz 629.000, im Land Sachsen 589.000, in der Stadt Berlin 527.000, in Bayern 426.000, in Westfalen 416.000, in der Provinz Sachsen 257.000, in der Provinz Niederschlesien 256.000, in Baden 148.000, im Land Hamburg 114.000, in Württemberg 109.000 und in Ostpreußen 90.000. Die Gebiete mit der zahlenmäßig geringsten Arbeitslosigkeit waren die Provinz Grenzmark Posen-Stettin mit 16.000, das Land Lippe mit 12.000 und Schaumburg-Lippe mit 6.000 Arbeitslosen. Diese Zahlen sind absolute Zahlen; sie geben noch keinen Anhaltspunkt für die tatsächliche Belastung, die nur im Verhältnis zur Einwohnerzahl ermittelt werden kann. Wenn man nach diesem Gesichtspunkt verfährt, steht das Land Bremen mit 249 Arbeitslosen (mit ihren Familienangehörigen) auf 1.000 Einwohner an der Spitze. Es folgt die Stadt Berlin mit 215 Arbeitslosen und weiter das Land Sachsen mit 213, die

Provinz Westfalen mit 206, das Land Braunschweig mit 187, die Rheinprovinz mit 184, Hamburg mit 183, die Provinz Sachsen mit 165, Bayern mit 122, die Provinz Brandenburg mit 122, Ostpreußen mit 103 Arbeitslosen (mit ihren Familienangehörigen). Am günstigsten liegen die Verhältnisse in Ostpreußen, wo auf 1.000 Einwohner 7,8 Arbeitslose mit ihren Familienangehörigen kommen. Aus einer Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben der Reichsanstalt für die einzelnen Gebiete ergibt sich, daß nur die Bezirke der Landesarbeitsämter Brandenburg und Südwestdeutschland Überschüsse zu verzeichnen hatten, während die übrigen elf Bezirke Fehlbeträge aufwiesen, die aus zentralen Mitteln der Reichsanstalt gedeckt werden mußten. Die Überschüsse betrugen 7 v. H. der Einnahmen, die Fehlbeträge im Gebiet der Landesarbeitsämter Nordmark 4, Sachsen 8, Rheinland 12, Westfalen 21, Bayern 25, Ostpreußen 42, Schlesien 43 und Pommern 46 v. H. In den Bezirken mit Fehlbeträgen hätte der Betrag, den diese Landesarbeitsämter nicht auf den zentralen Ausgaben zurückerhalten konnten, getragen müssen: in Sachsen 7, im Rheinland 7, in Westfalen 8, in Bayern 8, in Ostpreußen 9, in Schlesien 9, in Pommern 9 v. H.

Entsprechend dem Milliardenumsatz der Reichsanstalt (2.833 Millionen) ist ihr Zahlungsverkehr von erheblicher Bedeutung für die gesamte Geldbewegung. Vantier der Reichsanstalt ist in erster Linie die Reichsbank, andere Banken spielen eine untergeordnete Rolle. Infolgedessen ist die Reichsanstalt von der Bankentriebe kaum berührt worden. Die Zahlungen an die Arbeitslosen erfolgen durch etwa 3.300 Zahlstellen der Reichsanstalt, von denen im Monatsdurchschnitt rund 12,5 Millionen Einzahlungen geleistet werden, und zwar im Wege der Barauszahlung in Bodenbeträgen und übertragend in Hartgeld. Durch die geplante Einbeziehung der Postanstalten in den Zahlungsverkehr der Reichsanstalt wird das Auszahlungsgehalt in Zukunft wesentlich erleichtert werden.

Deutsches Botschaftertreffen in Berlin.

Vorbereitungen für Lausanne.

+ Berlin, 6. Januar.

Wie wir erfahren, werden die deutschen Botschafter in Paris, London und Rom am Donnerstag in Berlin eintreffen und bereits am Nachmittag an den Reparationsberatungen teilnehmen. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß man sich in der Öffentlichkeit wohl zum Teil ein nicht ganz zutreffendes Bild von den Vorbereitungen macht, die die Reichsregierung für die Konferenz von Lausanne trifft. Das gilt namentlich insoweit, als von einer

großen „Diplomatentagung“

die Rede ist. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß nach den Ressortarbeiten im auswärtigen Amt, bei dem der Schwerpunkt der Verhandlungen bis in die ersten Januarstage hinein lag, nun seit Tagen der Reparationsausfluß des Reichskabinetts berät. In ihm sind bekanntlich das auswärtige Amt, das Reichsfinanzamt, das Reichswirtschafts- und — wegen der Eisenbahnen — das Reichsverkehrsministerium vertreten. In den Beratungen dieses Gremiums werden die Botschafter teilnehmen,

um ihre unmittelbaren Einbrüche von den Hauptplätzen zu übermitteln.

In diesen Rahmen ist natürlich vor allem die Anwesenheit des deutschen Botschafters in Paris besonders wichtig.

Aus dem geschilderten Zusammenhang ergibt sich von selbst, daß die Bezeichnung „Botschafterkonferenz“ nicht recht zutrifft. Der Berliner Aufenthalt der drei Botschafter ist übrigens nur auf einen Tag berechnet, jedoch sie an den Sitzungen des Gesamtkabinetts, die den Beratungen des Kabinettsausschusses folgen, garnicht mehr teilnehmen.

Deutschland muß auf Endlösung des Reparationsproblems bestehen.

+ Berlin, 6. Januar.

Angesichts der Tatsache, daß noch kein endgültiger Termin für den Beginn der Launanner Reparationskonferenz festgelegt ist, das Frankreich bemüht ist, den von England für den 18. Januar vorgeschlagenen Beginn um einige Zeit zu verschieben, wird an zuständiger Stelle erneut daran erinnert, daß Deutschland sich mit dem englischen Vorschlag einverstanden erklärt hat. Die deutsche Regierung ist der Auffassung, daß die Konferenz so schnell wie möglich zusammenzutreten muß.

Selbstverständlich muß dabei Voraussetzung sein, daß bis dahin auch die Stillhalterverhandlungen zu einem Abschluß gelangen, damit Deutschland bei den Verhandlungen auf der Reparationskonferenz

reife Klarheit über seine gesamten Zahlungsverpflichtungen

schaffen kann. Auch die an den Stillhalterverhandlungen beteiligten Bankentriebe sind der Auffassung, daß ihre Verhandlungen bis zum Beginn der Launanner Konferenz zu einem Ergebnis führen müssen. Sie hoffen, Mitte Januar das neue Stillhalteabkommen fertiggestellt zu haben. Wenn in den Erörterungen der Öffentlichkeit gegenwärtig von einer Regelung des Reparationsproblems und einer

Vertagung der Reparationskonferenz um mehrere Monate

die Rede ist, so muß demgegenüber, wie in unterrichteten Kreisen nachdrücklich betont wird, mit aller Entschiedenheit festgestellt werden, daß eine endgültige Lösung des Reparationsproblems nötig ist. In allen Regierungs- und Sachverständigenkreisen steht man auf dem Standpunkt, daß

höchste Gefahr im Verzuge

ist und daß die Reparationskonferenz unbedingt zu einem Ende führen muß.

Die Unterredung Hoersch-Fländin.

+ Paris, 6. Januar.

Havas bestätigt, daß die gestrige Unterredung des deutschen Botschafters mit Laval und Fländin der Vorbereitung der Reparationskonferenz galt. Nachdem man sich, wie die Agentur behauptet,

in Berlin auf die Verlängerung der eingefrorenen Kredite um ein Jahr geeinigt

habe, steht dem Zusammentritt der Reparationskonferenz nichts mehr im Wege. Aber der 18. Januar scheint der französischen Regierung wegen der am 12. Januar beginnenden Parlamentssession zu nahe zu liegen. Da Laval persönlich an der Wiederaufnahme der Parlamentsarbeiten teilzunehmen wünsche, werde er vorschlagen, die Einberufung der Reparationskonferenz um einige Tage, vielleicht bis zum 25. Januar, zu verschieben. Die französische Regierung sei grundsätzlich geneigt.

Deutschland ein Moratorium, jedoch nicht über den 1. Juli 1934 hinaus, zu gewähren,

unter der Bedingung, daß die ungeklärten Youngannuitäten von Deutschland weitergezahlt würden, wobei Deutschland wie beim Hoovermoratorium die Möglichkeit hätte, über diese Summen in Form verbürgter Anleihen an die Reichsbahn zu verfügen.

England gegen Verschiebung der Konferenz.

+ London, 6. Januar.

Der deutsche Botschafter Freiherr von Reutath hat heute am Mittwoch vormittag dem britischen Außenminister

Der Boykott englischer Waren in Indien.

Kinder rufen zum Streik auf.

+ Ahmedabad, 5. Januar.

Die hiesigen Baumwollfabriken haben wegen der Verhaftung Ghandis beschloffen, keinerlei britische Waren mehr zu kaufen. Die Fabrikbesitzer planen ferner, die nach England gegebenen Beauftragungen auf Maschinen rückgängig zu machen. Auch der Gemeinderat der Stadt erwägt den Boykott britischer Waren und Firmen.

Die Polizei hat in Cawnpore jede Ansammlung von mehr als drei Personen in den Straßen für drei Tage verboten. Jetzt machen Schaulustler den Versuch, in der Stadt zum Streik aufzurufen. Seit dem Vormittag durchziehen sie die Straßen und verurteilen unter Trommelschlag den Streik, der eine Woche dauern soll. Sechs Kinder sind in Gewahrsam genommen worden. Wie erinnert, begannen die Unruhen vom letzten April in Cawnpore ebenfalls mit Kundgebungen von Kindern.

Die Polizei versuchte in Benares vergeblich, Anhänger Ghandis auseinanderzubringen, die sich zu einer ungeführten Versammlung vereinigt hatten. Die Polizei wurde mit Steinen beworfen und mußte von der Schusswaffe Gebrauch machen. Die

Verluste sind noch nicht bekannt, aber man glaubt, daß eine Person getötet wurde.

Die britische Flagge wird gezeigt.

+ Bombay, 6. Januar.

Unter dem Schutz der Polizei wurde heute früh die britische Flagge auf dem Gebäude des Allindischen Kongresses feierlich gehißt, was die Inbesitznahme des Gebäudes durch die Regierung anzeigen soll. Vier Kongreßführer wurden verhaftet. Die Zahl der in Bombay verhafteten Personen beträgt 3.40, darunter neun Frauen.

Ein Bataillon eines britischen Regiments ging gestern abend nach Scholapur. Von dort wird es einen langen Marsch durch dichtbesiedeltes Land unternehmen. Der Marsch bewirkt, den Kongreßanhängern die britische Flagge zu zeigen.

500 Organisationen verboten.

+ Bombay, 6. Januar.

Alle Kongreß- und dem Kongreß angehängten Organisationen der Präsidentschaft Bombay sind als gesetzwidrig verboten worden. Von dieser Maßnahme werden 500 Organisationen betroffen.

to am morgigen
t sich im weient
ds- und hanl
nahme der Con
oenhagener Be
ische Mährung

